



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 02.03.2015

Kommunale Spitzenpolitiker zu Gespräch in Berlin

Vertreter der Städte Pirmasens und Zweibrücken trafen sich am 22. und 23. Februar mit der lokalen Bundestagsabgeordneten Angelika Glöckner (SPD).

Kommunale Spitzenpolitiker aus ganz Deutschland trafen sich im Rahmen des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ zu einer Tagung in Berlin, um ihre Forderung nach Gerechtigkeit und Unterstützung bei der Finanzierung von Kommunen auch auf bundespolitischer Ebene vorzubringen. In diesem Aktionsbündnis engagieren sich auch kommunale Spitzenpolitiker aus Rheinland-Pfalz und trugen ihre Anliegen bei den Bundestagsabgeordneten vor.

Der Oberbürgermeister Dr. Bernhard Matheis und der Beigeordnete Michael Schieler für die Stadt Pirmasens und Bürgermeister Rolf Franzen für Zweibrücken trafen hierbei auf die SPD-Abgeordnete Angelika Glöckner. Die Kommunalvertreter wiesen dabei auf die teils sehr angespannte finanzielle Lage in ihren Städten hin und hoben insbesondere die seit Jahrzehnten gestiegenen Mehraufgaben bei gleichzeitig stagnierender oder sinkender Einnahmen hervor. Daher fordert das Aktionsbündnis vor allem eine Debatte innerhalb des Deutschen Bundestages, in der erörtert werden soll, wie die Kommunen unterstützt werden können.

Angelika Glöckner, Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Pirmasens und Zweibrücken, machte deutlich, dass sie dieser Forderung nach einer nachhaltigen Verbesserung nur zustimmen kann. „Viele Kommunen in Deutschland haben kaum finanzielle Spielräume oder werden unter ihrer Schuldenlast erdrückt. Dies ist umso verwerflicher, wenn man bedenkt, dass bundesweit Überschüsse bei den Staatseinnahmen sowohl auf kommunaler als auch auf landes- und bundespolitischer Ebene vorliegen“, so die SPD Abgeordnete. Sie hebt hervor, dass das Problem in der Bundespolitik angekommen ist und endlich angegangen wird. Neben Sofortmaßnahmen, wie der bereits beschlossenen 1Mrd.€ für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, unterstützt besonders sozialdemokratische Politik die Kommunen dauerhaft. Durch den Mindestlohn nimmt nicht nur die Zahl kommunal finanzierten Aufstocker ab, sondern es werden durch die Einkommensteuermulde auch wieder Steuern für die Kommunen generiert.

Nachhaltige Kommunalfinanzierung, so Angelika Glöckner, ist ein wichtiges Gerechtigkeitsproblem, dass in den bevorstehenden Verhandlungen zum Bund-Länder Finanzausgleich behandelt werden muss. „Das Grundgesetz bestimmt explizit, dass in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürger herrschen müssen. Dieses Prinzip darf nicht durch eine Ungleichverteilung der finanziellen Situation in den Kommunen ausgehebelt werden“, erläutert die SPD Abgeordnete.

Zudem, so sind sich die Politiker einig, ergibt sich aus der Finanzsituation zahlreicher Kommunen auch ein demokratisches Problem in unserem Land. Kommunale Probleme treffen die Leute unmittelbar an ihrem Lebensmittelpunkt. Es ist der Ort an dem die Bürgerinnen und Bürger leben, arbeiten und sich politisch engagieren und entscheiden. Hier müssen wieder Gestaltungsspielräume geschaffen werden und damit kommunale Demokratie und Lebensqualität gestärkt werden.

Das Aktionsbündnis trug zudem schon erste Früchte. Bei einem abschließenden Treffen mit der SPD-Fraktion am Dienstag konnte Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zusichern, dass sich die SPD für eine Generaldebatte des Bundestages zur finanziellen Situation der Kommunen einsetzen wird. Wie bei bereits zwei kommunalpolitischen Fachkonferenzen der SPD-Fraktion wird es dabei um Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder gehen.